

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Poststellekonto Leipzig 28614

Gebühren 10 Pf. für die geschahene Anzahl oder deren Raum, Postkarte 10 Pf., Postklemme 2 Pf. Die Weiterleitung und Jahresabzug entsprechender Dienstpost. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden die 2 schriftliche Kopie 25 Pf. Nachweizungsschluß 10 Pf. Abreisemeldung bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Generaldirektion übermittelten Nachrichten wie keine Garantie. jeder Nachschluß erfordert, wenn der Beitrag durch Mängel einzogen werden muß oder der Beitragszettel in Reichtum geändert.



Jahresbezugszeit 10 Pf. für die geschahene Anzahl oder deren Raum, Postkarte 10 Pf., Postklemme 2 Pf. Die Weiterleitung und Jahresabzug entsprechender Dienstpost. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden die 2 schriftliche Kopie 25 Pf. Nachweizungsschluß 10 Pf. Abreisemeldung bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Generaldirektion übermittelten Nachrichten wie keine Garantie. jeder Nachschluß erfordert, wenn der Beitrag durch Mängel einzogen werden muß oder der Beitragszettel in Reichtum geändert.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt sowie die wichtigsten Veröffentlichungen der Ministerien, der Kreishauptmannschaft Dresden und der Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff.  
Drucker und Druckerei: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Hermann Lässig, für den Inserenten: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 207.

Mittwoch den 8. September 1920.

79. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

- In Ergänzung der Bekanntmachung vom 2. September 1920 wird bestimmt:
- Zum Wirtschaftsgebiet Dresden gehört auch die Stadt Radeberg.
  - An Stelle der unter A der Bekanntmachung vom 2. September 1920 aufgeführten Ortsbezeichnung „Ruppendorf“ ist „Ruppendorf“ zu lesen.
  - Die Bekanntmachung vom 2. September 1920 sowie diese Bekanntmachung treten am 11. September 1920 in Kraft.

Dresden, am 6. September 1920.

523 a XIV  
Der Demobilisationskommissar.

## Bekanntmachung.

Die Feststellung und drückliche Bestätigung des Schadenumsanges in der Zentrale Lauchhammer durch die Vertreter des Landesbauministers, der Landwirte, der Großabnehmer und der Arbeiterschaft hat ergeben, daß mit einer baldigen und besseren Stromversorgung nur dann gerechnet werden kann, wenn die Zentrale Lauchhammer bis zur Fertigstellung der Instandsetzungsarbeiten von jeglicher Stromabgabe entlastet wird.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Der Standpunkt des Reichsverkehrsministers über die Kontrolle der Waffen- und Munitionstransporten wird in einer offiziellen Erklärung gegenüber sozialdemokratischen Aufrufen als durchaus gebräuchlich erklärt. Reichsverkehrsminister Gröner hält sich streng an die mit der Arbeiterschaft getroffenen Vereinbarungen.

\* Sämtliche deutschen Parteien Oberösterreichs rütteln ein Telegramm an General Le Rond, in der sie Schuß gegen die verdeckteren Vergewaltigungen der Deutschen verlangen.

\* Auf Anforderung des Magistrats wurde in Wlona die technische Notbille zum Einleben von Eisenbahnpionieren eingefehlt.

\* Das deutsch-ungarische Handelsabkommen ist durch Annahme des Ernährungsgesetzes in der ungarischen Nationalversammlung gesichert.

\* Eine bedeutende amerikanische Gruppe hat sich gebildet, um das französische Tabakmonopol anzutasten.

\* Die Feindseligkeiten zwischen Litauen und Polen haben begonnen.

\* Für die Bekämpfung der Lungenepidemie in Galizien fordert Balfour im Auftrage des Völkerbundes einen vorläufigen Kredit von 250 000 Pfund Sterling.

\* Die Schiffe in Genua haben sich aller im Hafen liegenden Handelschiffe bemächtigt und drohen, alle Kriegsschiffe, die den Versuch machen sollten, in den Hafen einzufahren, zu beschließen.

\* Die griechische Regierung will von der Schwesia die Ausweitung des ehemaligen Königs Konstantin von Griechenland verlangen, weil er sich an der Verschwörung gegen Venizelos beteiligt habe.

\* Eine Weltkonferenz von Negrodelegierten sollte den Beschluss, daß ganz Afrika eine von Regierungen dominierte und verwaltete Republik werden solle.

## Was geht in Italien vor?

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Italiens und die daraus entspringenden sozialen Unruhen und Säuerungen sind schon längst kein Geheimnis mehr. So angestellt die italienische Regierung auch darauf bedacht ist, einen Schleier auszubreiten über die wirkliche Lage des Landes, die Grenzen verschlossen zu halten und jede Möglichkeit einer unbefangenen und wahrheitsgetreuen Berichterstattung zu gewähren, so können wir uns auch heute noch kein klares Bild machen über die tieferen Ursachen und Triebskräfte jener Bewegung, von der wir jetzt vereinzelt Nachrichten nicht etwa aus Italien selbst, sondern von der italienisch-schweizerischen Grenze her bekommen, einer Bewegung, die offenbar durchaus organisiert und planmäßig auf die Einteilung der gesamten Produktion und ihren Übergang aus dem Reich der Unternehmer in die Hände der Arbeiterschaft ausgeht. Diese Bewegung scheint in der Metallindustrie ihren Ausgang genommen zu haben und kann nun auch aus anderen Produktions- und Wirtschaftszweigen ausgedehnen. In den italienischen Industriezentren, wie in Mailand, in Turin, in Terni, in Palermo ist die italienische Arbeiterschaft zur „Besetzung der Fabriken“ geschritten, in Ancona, dem bekanntesten italienischen Kriegsschiff, haben die Arbeiter die Seewehr besetzt und auf verschiedenen Dampfern die rote Flagge gehisst, und wie in einzelnen Meldungen hervorgehoben wird, vollzieht sich dieser Prozeß größtenteils in durchaus militärischer Form, zum Teil verstehen die betroffenen Arbeiter den Wachdienst im Stahlhelm.

Es ist, wie gesagt, angefangen, dass überaus läudenhafte Nachrichtenmaterialien sehr schwierig, ein aussichtsreiches Bild des heutigen italienischen Staates zu gewinnen. Wir wissen nur, daß genau wie in allen übrigen Ländern auch in Italien der Begriff der „Herrschaft“, wie die Kriegsgewinner dort genannt werden, die viel größere Masse der Bevölkerung gegenübersteht, die sich dem Schleißhandel, den Prostiften, den Wundergeschichten, dem Schieberium und der Steueraufraube ausgiebt. Wohl nirgends auf dem Festland ist der Arbeiter so ausbeutet und gefriedet worden wie in Italien, wo schon längst, auch in Friedenszeiten, neben einem großen Überfluss an den Gütern einer mangelhaft ver-

schwenderischen Rauh und eines gelegneten Klimas die gewaltige Teuerung für die einfachsten Bedürfnisse des täglichen Haushalts herrsche. Dann kam der Krieg, der in weiten Kreisen nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch des Bürgertums durchaus unpopulär war und nur durch eine sehr rohkriegerische Propaganda, durch eine sehr rührige Agitation, die auch vor dem Terror und der gewalttamen Einschüchterung der widerstrebenden Bevölkerungsanteile nicht zurückdrückt, ermöglicht wurde. Man spiegelte den Massen einen schnellen Sieg über das französische Österreich vor, einen „militärischen Spaziergang“ nach Wien und die familiäre Grabierung Triests und Adrias, eine leichte und rasche Lösung des Adriaproblems, bei dem Deutschland neutral bleiben würde. Wenn gegen Deutschland, so hieß es, will Italien seinen Krieg führen. Als es dann dank englischen und französischen Einflüssen und Drohungen sowohl vorwärts wie, sich in Italien in einen Krieg auch gegen Deutschland verzweigt, der sich als ein gewaltiges Abenteuer enthielt, das weit über die wirtschaftliche und militärische Kraft des an Eien und Kohle überzeugten, durchaus auf fremde Einführung angewiesenen Landes ging und seine Kräfte bis zur völligen Erschöpfung beanspruchte — nicht anders als in Deutschland, das im Kampf gegen die ganze Welt verlor.

In diesem Krieg ist nun, wiederum wie in der ganzen übrigen Welt, das Selbstbewußtsein und Kraftgefühl der Italiener als Trägerin des Krieges ungestimmt erwacht. Die sozialistischen Lehren schießen nun auch in Italien in die Palme und drängen zur Seite, zur Verwirklichung der Jahrtausendlang gepredigten Theorien vom Recht des Arbeiters am Werk. Der Arbeiter, der als Krieger im Stahlhelm in der Schlacht oder im Schützengraben für den Sozialismus gekämpft oder als Granatendreher dafür gearbeitet hat und auf der einen Seite die hohen Kriegsergebnisse sieht, will nun auch nicht leer ausgehen. Da die Regierung nach seiner Zustimmung die „Sozialisierung“ und die Errichtung der Kriegsgewinne zu tun und zu langsam befreit, legt er sich selbst mit Hilfe seiner Organisationen in den Besitz, übernimmt die Produktionsstätten. Und die Regierung verhält sich neutral. Das erscheint als das eigenartigste in diesem eigenartigen Prozeß, dessen Umfang, Bedeutung und Tragweite ist uns zurzeit noch nicht erkennbar. Es hat ja den Anschein, als ob die Regierung zur „Neutralität“ befürchtet, zur Tatenlosigkeit und zum Gehorsamsgezwungen wäre, weil sie ihrer Macht und der Gefangenheit der Truppen nicht mehr sicher ist. Vielleicht will man, so lange noch die äußerste Ordnung wenigstens nominell aufrecht erhalten bleibt, die Bewegung ablaufen lassen, weil ja schließlich auch die Arbeiter zur Einigkeit kommen müssen, daß ohne ein gesichertes Unternehmertum auch keine gesicherte Produktion, kein organisches Wirtschaftsleben möglich ist. Wer kann aber heute die tatsächliche Entwicklung vorzusagen?

## Frankreichs Furcht vor dem Bolschewismus.

Wie groß die Furcht der französischen Regierung und der Heeresleitung vor einer Übersetzung Deutschlands durch den Bolschewismus und einem weiteren Vordringen der Bewegung nach Frankreich ist, erhellt augenfällig aus den militärischen Vorbereitungen im Elsaß und in dem besetzten Brüderlandgebiete Reh. Alle Forts der Festung Straßburg, auch die rechtsrheinischen, sind in den stärksten Verleidigungsstand gebracht, Schüttengräben sind angelegt und schwere Geschütze in Stellung gebracht. Der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Appenweier kann gegebenenfalls innerhalb einer Stunde besetzt werden. In der Garnison Straßburg herrscht der deutbar sichtbare Dienstbetrieb, es werden andauernd kriegsmäßige Übungen abgehalten.

## Oberschlesiens Leidensweg.

Deutsche Worte an General Le Rond.

Im Namen sämtlicher deutschen Parteien haben die Abgeordneten Dr. Urbane, Uhla, Franz, Dr. Bloch und Dr. Brodowski ein Telegramm an den französischen obersten Machthaber in Oberschlesien, General Le Rond, gerichtet. Das Telegramm symbolisiert den Schrecken, der über dem Lande schwelt, die gegen die Deutschen verübten blutigen Gewalttaten der Polen, die Parteinahe der Franzosen und sagt dabei: Solange dieser Aufstand dauert, hat sein französisches Gehehr auch nur einen Schuh auf die Rebellen abgegeben. Die Bandenführer haben sich gebrüllt, im Auftrag der Franzosen zu handeln, um auf dem Lande „Ordnung“ zu bringen, während die Franzosen es in der Stadt töten. Das ist die allgemeine Meinung der Polen und Deutschen. Das Telegramm fährt dann fort:

Für die öffentliche Ordnung sind Sie, Herr Präsident und General, und in der Welt verantwortlich.

Darum fordern wir nochmals nachdrücklich die Sicherung des Lebens und des Eigentums durch die bewaffnete Macht. Wir fordern, daß die Truppen, nicht die zivilen Städte zu räumen, mit Waffen das Land überziehen. Wir fordern, daß die frei umherlaufenden Bandenführer sofort festgesetzt werden. Wir warnen die hohe Kommission, Der Tatendienst der verbrecherischen Justiz nimmt weiter, die Unzucht verbreitet sich, daß in einigen Tagen, spätestens am 18. d. Wk., der Aufstand neu losbrechen soll. Wir fordern die militärische Besetzung der Städte. Eine andere Sicherung ist zurzeit nicht möglich.

Genau die anfänglich beabsichtigte Amnestierung der polnischen Untothen wirdflammender Brodel erhoben. Schließlich heißt es: Dieses Land, gerichtet wegen der Gräueltat seiner Bewohner, hat bis vor einem halben Jahr in hoher Kultur der schweren Arbeit gelebt, deren Segen die Ufern von Mittel- und Osteuropa säumten. Nur am Fundament von Ordnung und Gerechtigkeit kann fruchtbare Arbeit niederlegen. Wer die Gerechtigkeit erzielt, hilft das Brot der Unzucht. Mit der leichten Lust unserer Seele, mit dem außerordentlichen Aufgebot unseres Willens erheben wir uns gegen ein System, das in seinen Auswirkungen ein kostbares gesetztes Volk in den Zustand der Wildheit zurückversetzt würde.

Der Völkerpräsident von Radowitz, Dr. Schwendy, war unter Anklage gestellt worden wegen angeblich unerlaubter Raubübernahme von Waffen. Das aus einem französischen, englischen und italienischen Offizier bestehende Kriegsgericht sprach Dr. Schwendy vollständig frei.

### Die Note der deutschen Regierung

Die neuen Erklärungen der Reichsregierung, gerichtet an den Präsidenten der Friedenskonferenz, beziehen sich auf die Notes vom 21. und 25. August über Oberschlesien. Nun mehr wird erneut auf die verbrecherischen Ausschreitungen in Oberschlesien hingewiesen. Die Nachrichten über Gewalttaten gegen Deutsche mehren sich, die Besiedlung ist in Not und Eregung. Die deutsche Regierung ist nach den ihr auferlegten Abmachungen nicht in der Lage, Wohlfahrt, entsprechende Feststellungen usw. zu gewähren. Würden aber die Erhebungen der Internationalen Kommission überlassen bleiben, so wäre mit Sicherheit anzunehmen, daß das Ergebnis von der erregten Bevölkerung nicht als unparteiisch anerkannt wird.

Die Deutsche Regierung bekennt sich daher, vorzuschlagen, eine von Deutschland, Polen und den alliierten Hauptmächten zu währende Kommission aus Angehörigen solcher Staaten, die nicht zu den Signatarmächten des Vertrages von Versailles gehören, mit der Bezeichnung des Sachverhalts zu betrauen. Sie hofft, daß die Tätigkeit einer solchen Kommission auch dazu beitragen wird, in Oberschlesien die Voranstellungen zu schaffen, unter denen allein eine dem Sinn und dem Wortlaut der Verträge entsprechende Zustimmung erfolgen kann.“

Die Regierungen in Paris, London, Rom und Warschau, sowie der päpstliche Stuhl werden von dem Inhalt der Note in Kenntnis gesetzt.